

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 33. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.06.2014</b></p>
--

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.25 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

1. vom Senat Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

**SPD-Fraktion** Herr Hamann  
Herr Jägers  
Frau Metschies  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion** Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke** Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünnemann Der Senator für Umwelt, Bau und  
Frau Zimmermann Verkehr

Frau Windeler

Herr Eickhoff

Herr Steffe

Frau Jüngst

Herr Polzin

Frau Kamp

Herr Viering

Herr Bürger

Herr Kirpal

Herr Dr. Lampe

Frau Pieper

ASV

**III Gäste**

Herr Janßen

Herr Dr. Steinbrück

Magistrat Bremerhaven

Landesbehindertenbeauftragter

**IV Gastdeputierte**

Herrn Liess	SPD-Fraktion
Herrn Sulimma	SPD-Fraktion
Frau Kennard	SPD-Fraktion
Herr Werner	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Saxe	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Neumeyer	CDU-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 33. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Herr Strohmann äußert das Missfallen seiner Fraktion, dass Herr Senator Dr. Lohse nicht anwesend sei, um diese wichtige Sitzung zu leiten.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	<b>Genehmigung des Protokolls 18/32 vom 24.04.2014</b>	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie für das 1. Halbjahr 2015</b>	Vorlage 18/385	L/S
-------	---	----------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt den oben aufgeführten Terminvorschlägen zu.

*Einstimmig*

TOP 5	<b>Wiederbestellung des vorsitzenden Mitgliedes des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Bremen</b> -FB 01-	Vorlage 18/377	
-------	--	----------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt Kenntnis.

<b>TOP 6</b>	<b>Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch</b> -FB 01-	Vorlage 18/388
--------------	---	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt dem vorgelegten Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 7</b>	<b>Optimierungen im Bereich Großraum- und Schwerlasttransporte</b> -ASV- / -1-	Vorlage 18/392	L/S
--------------	---	-------------------	-----

**Herr Strohmann** bedankt sich ausdrücklich für den Bericht. Es stimme positiv, dass auf die Anregungen der CDU reagiert wurde, Bremen zu einem Schwerlastzentrum auszubauen, wodurch weitere Einnahmen durch die Genehmigungen generiert würden.

**Herr Jägers** lobt die Beschäftigten, die hochbelastet einen guten Job erledigt hätten. Es sei zu erwarten, dass der Schwerverkehr durch den Schwerlasthafen in Bremerhaven noch zunehmen werde. Er möchte wissen, wie die Gebühren in Relation zu den anderen Bundesländern seien.

**Frau Pieper** erläutert, dass es gesetzlich keine festen Gebühren gebe, sondern Ober- und Untergrenzen. Bremen bewege sich im Mittelfeld, abhängig von den jeweiligen Genehmigungen mal im oberen, mal im unteren Bereich.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Sachstandsbericht zur Optimierung im Bereich Großraum- und Schwerlasttransporte zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Vorlage über den Senat zur Beschlussfassung der zur weiteren Umsetzung erforderlichen Schritte dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.*

*Einstimmig*

<b>TOP 8</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 8a)</b>	<b>Das Bremer Luftüberwachungssystem - Jahresbericht 2013</b> -2-	BdV schriftlich

**Herr Gottschalk** möchte einen Bericht, welche Lösungen zur fortdauernden Grenzwertüberschreitung Am Dobben möglich und welche Lösungskonzepte bisher geprüft worden seien.

An den Ergebnissen des Berichtes könne man sehen, dass in einigen Bereichen längerfristig signifikante Verbesserungen erreicht worden seien. Partielle Probleme bereite der Bereich der Stickstoffdioxidkonzentrationen. Betrachte man nur den Trend der Jahre 2008 bis heute, so zeige sich keine fallende, sondern eine stagnierende Tendenz. Problematische seien insbesondere die Messstellen Cherbourger Straße, Nordstraße und Am Dobben. Hier liegen die Messungen über den Grenzwerten und damit im gesundheitsgefährdenden Bereich. Am Dobben zeige sich seit 2007 praktisch keine Verbesserung, die Werte lägen kontinuierlich 10 % oberhalb der Grenzwerte. Man dürfe nicht in der Haltung verharren, solange die EU keine

Sanktionen verhängen müsse man nichts tun. Natürlich könne man immer noch die Hoffnung haben, dass es mit den Abgasen der Autos besser werde. Aber wenn man sich die Straßenführung anschau, mit Blick auf das geplante neue Hulsberg- Viertel, so sei zu erwarten, dass der Verkehr in diesem Bereich noch ansteigen werde.

**Frau Dr. Schaefer** stellt positiv fest, dass in Bremen als zehntgrößter Stadt in Deutschland und bis auf drei Standorte die Grenzwerte eingehalten werden. Auch in Hasenbüren in der Nähe der Stahlwerke, einer Großindustrie. Das Problemkind sei Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>). Für den Bereich Feinstaub müsse man anerkennen, dass Straßenbaumaßnahmen, wie an der Neuenlander Straße die A 281, zu einer erheblichen Entlastung geführt haben. Ähnlich werde die Lösung für die Nordstraße und die Cherbourger Straße aussehen. In der Nordstraße gehe man davon aus, dass der Ringschluss der A281 auch die Nordstraße entlasten werde. In der Cherbourger Straße sollen ebenfalls Entlastungsmaßnahmen realisiert werden. Für die Einhaltung von Grenzwerten und für die Luftqualität seien das gute Lösungen. In der Tat bleibe dann der Dobben. Aus der Vorlage werde deutlich, dass der Verkehr maßgeblich für diese Grenzwertüberschreitungen ursächlich sei. Wer saubere Luft wolle, müsse Verkehrsmaßnahmen zumindest prüfen.

**Herr Arndt** erinnert daran, dass für Hemelingen seit längerem eine Luftmessstation gefordert werde, um Grenzwerte rechtzeitig erkennen und dann einschreiten zu können. Er möchte wissen, wann mit einer Luftmessstation in Hemelingen im Hafengebiet gerechnet werden könne.

**Herr Imhoff** wirft in Anbetracht der eingehaltenen Grenzwerte für Feinstaub die Frage auf, ob die Ausrüstung der Baumaschinen mit Partikelfiltern notwendig sei. Weiter fragt er nach den Wirkungen der AdBlue- Technik auf die Luftqualität.

**Herr Saffe** weist darauf hin, dass langfristig der Autoverkehr reduziert werden müsse. Gerade Am Dobben gehe es um die Gesundheit der Menschen und diese habe eine höhere Priorität als Freie Fahrt für den Kfz- Verkehr.

**Herr Saxe** erinnert daran, dass bei den Dieselrußfiltern für Baumaschinen Belange des Arbeitsschutzes und des Gesundheitsschutzes im Vordergrund stünden. Dies würden auch die Unternehmen anerkennen. Die Menschen, die diese Baumaschinen benutzen würden viel schneller krank und schwerer krank. Weniger Feinstaub in der Innenstadt sei zudem auch gut für die Gesundheit aller Menschen in der Stadt.

Die Umweltzone habe sich bewährt und müsse weiter bestehen. Die EU halte eine Umweltzone für ein besonders wirksames Mittel zur Reduzierung der Schadstoffbelastung.

**Herr Jägers** bekräftigt, dass Dieselrußfilter eine Maßnahme des Arbeitsschutzes, aber auch des Gesundheitsschutzes für die Bevölkerung seien. Es gebe für Dieselruß im Arbeitsschutz keine Grenzwerte, d. h. jede Belastung durch Dieselruß sei zu vermeiden. Bei dem Gespräch hätten alle Arbeitgeberverbände erklärt, dass sie, genau wie die Gewerkschaften, dafür seien, die Arbeitnehmer zu schützen. Fraglich sei nur, auch im Hinblick auf die Verfügbarkeit der Technik, in welchem Zeitraum die Einführung erfolgen solle.

**Herr Imhoff** weist darauf hin, dass Baumaschinenführer gerade bei warmem Wetter oft mit offenem Fenster arbeiten würden und dadurch Baustaub ausgesetzt seien, wodurch Erkrankungen ausgelöst würden.

**Frau Kamp** erläutert, dass bei den Stickstoffdioxidkonzentrationen Bremen nicht allein im Fokus der EU sei, sondern viele andere Städte das gleiche Problem hätten. Die EU sei noch nicht in der Phase, dass sie Strafgelder verhängen werde, sondern sehe die Herausforderung, die Konzentrationen zu senken. Die Modernisierung der Fahrzeugflotte mit der Einführung der Euro 6 Norm werde zu einer Verbesserung der Gesamtsituation führen. Aber der Bereich Dobbenweg sei besonders kritisch, weil dort wichtige ÖPNV- Linie queren, die nicht verlegt werden könnten.

**Herr Bürger** berichtet, dass die europäische Kommission die NO<sub>2</sub>- Problematik erst sehr spät erkannt habe. Der KOM würden auch keine Maßnahmen einfallen, die über Umweltzonen und

Verkehrsverbote hinausgingen. Daher verhalte sich die KOM was Strafgehalte angehe auch äußerst zurückhaltend. Der Bericht an die KOM aus Deutschland liege seit einem Jahr dort vor.

Zur Luftmessstation sei dem Beirat Hemelingen bereits mitgeteilt worden, dass bis 2015 das Messprogramm in Bremerhaven laufe und danach werde geprüft, wo im Stadtgebiet ein neues Sondermessprogramm laufen könne – mit einem besonderen Fokus auf Hemelingen.

AdBlue sei eine Technik, die dazu beitragen solle, die NO<sub>2</sub>- Emissionen der Dieselmotoren deutlich zu reduzieren. Damit könnten Werte bis zu Euro 6 erreicht werden.

Bezugnehmend auf eine Frage von **Frau Dr. Schaefer** führt er aus, dass das Sondermessprogramm rund um die Deponie in Bremerhaven demnächst starten werde. Gerade würde gemeinsam mit den Gutachtern, der Bürgerinitiative und dem Magistrat die Standorte der Messeinrichtungen festgelegt. Zwölf Monate lang werde gemessen und anschließend ausgewertet, inwieweit die Deponie Auswirkungen auf die Luftqualität habe.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von den Ergebnissen der Immissionsmessungen 2013 Kenntnis.*

TOP 8b)	<b>Kommunale Klimaschutzprojekte im Land Bremen mit Förderung durch die „Kommunalrichtlinie“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</b> - 2 -	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Frau Dr. Schierenbeck** begrüßt, dass insgesamt 3,6 Mio. Euro an Fördermitteln für das Thema Klimaschutz nach Bremen eingeworben werden konnten. Es sei gut, dass das Klimaschutzmanagement die Einrichtungen über diese Förderrichtlinien informiere. Gerade vor dem Hintergrund des VEP wäre es interessant zu wissen, ob geplant sei, auch Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität im Rahmen der Klimaschutzinitiative zu beantragen.

**Herr Strohmann** schließt sich grundsätzlich dem Lob an, möchte aber wissen, ob die hohe Fördersumme für die Verbraucherzentrale gerade in Relation zu den anderen Antragstellern gerechtfertigt sei.

**Herr Gottschalk** erklärt, dass man über die Art und Weise, wie man Geld anlege, durchaus auf dessen Verwendung Einfluss darauf nehmen könne. Bei nachhaltigen Geldanlagen fließen Investitionen gerade in Projekte, die für Klima und Umwelt, aber auch für soziale und ethische Zwecke bestimmte Kriterien erfüllen und insofern auch zu einem gewissen Fortschritt in diesem Bereich beitragen. Die Verbraucherzentrale sei ein Marktkorrekturinstrument und habe die Aufgabe eine neutrale Beratung bereit zu stellen, die Menschen für diesen Bereich zu sensibilisieren und ihnen klare Empfehlungen zu geben, wie man in diesem sehr unübersichtlichen Angebot Anlagen finden könne, mit denen über eine Geldanlage nachhaltige Kriterien gefördert werden. Es gehe darum, die Grundlagen und Kompetenzen in den Verbraucherzentralen zu schaffen, um dieses - kostenpflichtige – Angebot bereitstellen zu können.

**Frau Kamp** berichtet, dass die Möglichkeiten der Klimaschutzrichtlinie breit gefächert seien und von vielen verschiedenen bremischen Vereinen, Initiativen, Verbänden Anträge gestellt werden können, die auf der Grundlage der Ausführungsrichtlinie dieser Klimaschutzrichtlinie bewilligt werden. Die Verwaltung habe natürlich ein großes Interesse daran, dass Projekte im Sinne des Klimaschutzes in Bremen stattfinden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

<b>TOP 8c)</b>	<b>Eichenprozessionsspinner</b> -300-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 8d)</b>	<b>Vermeidung von Konflikten bei der Ansiedlung von Gewerbe in Wohngebietsnähe</b> -71- / -SWAH-	BdV schriftlich	L/S
----------------	---	--------------------	-----

**Frau Dr. Schaefer** betont die Wichtigkeit, die Frage parallel zum Flächennutzungsplan zu bearbeiten und vorzulegen.

**Herr Arndt** erinnert daran, dass es nicht nur um den Bereich Funkschneise gehe, sondern den gesamten Bereich Hemelinger Hafen. Ziel sei eine Umnutzung.

**Herr Pohlmann** erklärt, dass es darum gehe, dass Bremen als Industriestandort das, was hier an schädlichen Stoffen anfalle, auch ordnungsgemäß zwischengelagert und letztlich entsorgt werde und nicht das Umland oder gar Länder der dritten Welt damit belastet würden. Das Thema müsse im Herbst beantwortet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>NACH-TRAG TOP 8e)</b>	<b>Partikelfilter für Baumaschinen</b> -2-	BdV mündlich
--------------------------	---	-----------------

**Frau Kamp** berichtet, dass von allen Beteiligten ein ausführliches Anhörungsgespräch gewünscht war, das am 24.04.2014 stattgefunden habe. Im Grundsatz habe sich ergeben, dass die Beteiligten eher eine landesweite Regelung wünschen und nicht eine Regelung reduziert auf die Auftragssituation des SUBV. Rechtlich sei es möglich, in den Leistungsausschreibungen die Verwendung von Partikelfiltern festzulegen. Damit wäre keine Anpassung des Tariftreuegesetzes notwendig. Die Firmen brauchten jedoch gewisse Zeit, um ihre Maschinen entsprechend auszurüsten. Die nun erforderlichen Abstimmungsgespräche mit dem Wirtschafts- und Finanzressort sollten noch vor den Sommerferien eingeleitet werden, um danach einen anschließenden Entwurf vorlegen zu können. Offen sei noch die Frage, ob erst für den Hochbau und anschließend für den Tiefbau eine Regelung eingeführt werden sollte.

**Herr Jägers** weist darauf hin, dass die Überschrift der Stellungnahme der Bauwirtschaft laute „Die Bauwirtschaft bekennt sich zu Umwelt- und Gesundheitsschutz“. Er selbst habe eine Landesregelung eingefordert, weil an der Stadtgrenze Bremen der Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht aufhören dürfe.

Dieselgetriebene Maschinen seien beim Hochbau eher selten, die Problematik betreffe vorrangig den Tiefbau, wo die großen Baumaschinen eingesetzt würden, die die Emissionen verursachten. Im Arbeitsschutz seien Arbeitnehmer nach dem Stand der Technik zu schützen. Der Stand der Technik seien Dieselfilter. Daher seien diese einzusetzen. Die sei geltendes Recht und den Arbeitgebern bekannt. Auch in anderen Städten würde die Problematik angegangen und Dieselfilter vorgeschrieben. Die Deutsche Bahn habe als erstes Unternehmen Filter seit dem 1.7.2013 verbindlich vorgeschrieben.

**Das Thema soll spätestens am 11.09.2014 erneut aufgerufen und über das Ergebnis der Abstimmungen mit den Ressorts berichtet werden.**

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9	Verschiedenes	
TOP 9a	Reise von Senator Dr. Lohse nach Chicago im Rahmen der transatlantischen Klimabrücke	

**Herr Strohmann** bittet um einen Bericht über den Vortrag von Herrn Senator Dr. Lohse vor ausgewählten Wirtschaftsvertretern.

Der Bericht soll zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.

TOP 9b	Pressesprecher/in des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr	
--------	--	--

**Herr Strohmann** möchte über die Personalie des Pressesprechers/ der Pressesprecherin informiert werden. Er wird dazu noch schriftliche Fragen nachreichen.

**Herr Pohlmann** schließt die 33. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender + Sprecher

Protokoll